

## **Tiefseebergbau: Bundesregierung fordert „precautionary pause“ und eine intensivere Erforschung der Umweltauswirkungen**

Im Rahmen der Verhandlung von Abbauregularien für einen zukünftigen Tiefseebergbau, die im Rat der Internationalen Meeresbodenbehörde in Kingston (Jamaika) vom 31. Oktober bis 11. November 2022 stattfanden, hat die Bundesregierung eine sogenannte „precautionary pause“, eine vorsorgliche Pause, beim Tiefseebergbau gefordert. Dabei erklärte die Bundesregierung auch, dass sie bis auf Weiteres keine Anträge auf kommerziellen Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee unterstützt. Das vorhandene Wissen und der Stand der Forschung reichen nicht aus, um ernsthafte Umweltschäden, im Seerecht als „serious harm“ bezeichnet, durch Tiefseebergbau auszuschließen.

Die KDM-Strategiegruppe „Marine Mineralische Ressourcen“ verweist hierzu ergänzend auf die verschiedenen Perspektiven, die zur Bewertung eines möglichen zukünftigen Tiefseebergbaus zu berücksichtigen sind:

- I) Der Bedarf an Metallrohstoffen für die Energiewende, beispielsweise für Elektromobilität, Solaranlagen und Windräder, wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten um ein Vielfaches steigen. Hier gilt es, die Ressourcen effizienter zu nutzen, eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren und den Landbergbau umweltgerecht und sozialverträglich zu erweitern. Dennoch bleibt fraglich, ob die Gesellschaft mit Blick auf die Energiewende und das globale Wirtschaftswachstum vollständig und dauerhaft auf mineralische Rohstoffe aus der Tiefsee verzichten kann.
- II) Derzeit reicht das vorhandene Wissen und der Stand der Forschung nicht aus, um die großskaligen Auswirkungen und langfristigen Folgen eines Tiefseebergbaus auf die Umwelt zu beurteilen. Daher ist es jetzt wichtig, die Erforschung der Tiefsee und der Auswirkungen von Tiefseebergbau auf die marinen Ökosysteme zu intensivieren, um informierte und verantwortungsvolle Regularien zum Schutz der Meeresumwelt vor ernsthaften Umweltschäden aufzustellen. Dieses geht nur, wenn auch weiterhin industrielle Tests zum Tiefseebergbau durchgeführt und wissenschaftlich begleitet werden, damit technische Systeme und Kriterien für einen Tiefseebergbau mit geringstmöglichen Umwelteinwirkungen weiterentwickelt werden können.

III) Auch ein fortschreitender Bergbau an Land zerstört wichtige Ökosysteme, wie beispielsweise Regenwälder, die als wichtige Klimaregulatoren und Hotspots der Biodiversität gelten. Angesichts der Umweltschäden durch Bergbau sollten für die Gewinnung der zusätzlich benötigten Metallrohstoffe Abbauverfahren mit geringstmöglicher Umweltbelastung genutzt werden – unabhängig davon, ob die Rohstoffgewinnung an Land, im Ozean oder in beiden Bereichen erfolgt.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie in untenstehenden Links:

- Pressemitteilung BMWK: [Schutz der Meere: Deutschland unterstützt bis auf Weiteres keinen Tiefseebergbau](#)
- Pressemitteilung BMUV: [Schutz der Meere: Deutschland unterstützt bis auf Weiteres keinen Tiefseebergbau](#)
- MARE:N Forschungsbedarf zur nachhaltigen Nutzung mariner Ressourcen: [Link](#)
- DAM-Missionsvorschlag zu marinen Ressourcen: [Link](#)
- Europäisches Forschungsprojekt zu den Umweltauswirkungen von Tiefseebergbau: [MiningImpact](#)